2020/11 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2020/11/ploetzlich-postwachstum

Wie die Folgen der Coronaepidemie die Weltwirtschaft destabilisieren

Plötzlich Postwachstum

Von **Anton Landgraf**

Das neue Coronavirus destabilisiert die Weltwirtschaft. »Helikoptergeld« und staatliche Konjunkturprogramme sollen Unternehmen stützen und den Konsum wieder anfachen.

Der »Schwarze Schwan« ist aufgetaucht – der Alptraum aller Finanzpolitiker und Investoren, ein Wesen wie aus einem Horrorfilm. Der seltsame Begriff steht für ein überraschendes Ereignis, das über Nacht alle Bedingungen an den Finanzmärkten ändert. Die Anschläge vom 11. September 2001 und der Zusammenbruch von Lehman Brothers gehören in diese Kategorie. Das Coronavirus SARS-CoV-2, das die Erkrankung Covid-19 verursacht, so viel ist sicher, gehört nun ebenfalls dazu.

Die Panik deswegen kommt umso überraschender, da schon seit Jahren darüber spekuliert wird, wann der nächste Crash erfolgen könnte. Zahlreiche Bestseller wurden darüber verfasst, unzählige Warnungen ausgesprochen. Demzufolge stabilisierten die Zentralbanken nach der Krise von 2008 mit billigem Geld zwar vorübergehend die Finanzmärkte, ignorierten aber die Ursachen des Crashs. Wer vor kurzem von einer bevorstehenden Wirtschaftskrise sprach, dachte an gigantische Schuldenblasen und hohe Aktienkurse ohne realwirtschaftlichen Gegenwert. Niemand hatte ein Virus im Sinn, das das Potential hat, den kompletten Welthandel lahmzulegen.

> Es werden weniger Waren produziert, während gleichzeitig der Konsum zurückgeht.

Fatalerweise entwickelte sich das neue Coronavirus offenbar zuerst in Asien, wo Länder wie China, Südkorea und Japan entscheidend für die Lieferketten zahlloser Produkte sind, von Plastikspielzeug über iPhones bis hin zu Hightech-Maschinen. Kurz nachdem die chinesische Regierung ganze Städte und Regionen unter Quarantäne gestellt hatte, vermeldeten Tech-Konzerne wie Apple deutliche Umsatzwarnungen. Da die Belegschaft vielerorts zu Hause bleiben muss, kann der Apple-Produzent Foxconn deutlich weniger iPhones herstellen. Gleichzeitig sinkt die Nachfrage: In China reduzierte sich die Zahl der neu zugelassenen Autos innerhalb eines Monats um über 90 Prozent.

Es werden also weniger Waren produziert, während gleichzeitig der Konsum zurückgeht. Die Entwicklung betrifft weltweit nicht nur Hightech-Firmen im Silicon Valley und bayerische Autokonzerne, sondern auch Touristikunternehmen und Luftfahrtgesellschaften, denen derzeit die Kunden weglaufen. Das Virus habe »das Potential, nicht nur die chinesische, sondern auch die globale Wirtschaft erheblich zu - verlangsamen«, heißt es in einem UN-Bericht, der vergangene Woche veröffentlicht wurde. Durch seine Rolle als zentraler Produktionsstandort für viele globale Unternehmen dürfte »jede Störung von Chinas Produktion Auswirkungen auf andere Bereiche der regionalen und globalen Wertschöpfungsketten« haben.

Die Krise ist so ungewöhnlich, dass auch die politischen Reaktionen bislang eher unbeholfen wirken. Angesichts der heftigen Börsenverluste senkte die US-Zentralbank vergangene Woche den Leitzins, was sie kurz zuvor noch kategorisch abgelehnt hatte. Was bei der letzten Krise noch halbwegs funktionierte, verstärkt jetzt eher die Verunsicherung. Schließlich glaubt niemand, dass billige Kredite gegen ein Virus helfen können. Keine Zentralbank kann viel dazu beitragen, dass sich Touristen wieder nach Venedig trauen oder nach Asien fliegen. Kein Niedrigzins wird dazu führen, dass sich in Mailand oder Peking die Restaurants füllen oder in Wuhan die Fabriken den Betrieb wiederaufnehmen.

Noch bis Anfang Februar hatten Investoren Covid-19 fast völlig ignoriert und höchstens als regionales Problem wahrgenommen. Weltweit meldeten die Börsen fast täglich neue Rekordstände. Als erste Berichte über Infektionen in Italien veröffentlicht und die drastischen Umsatzeinbußen einzelner Unternehmen bekannt wurden, änderte sich die Stimmung schlagartig. Innerhalb weniger Tage lösten sich Aktienwerte von zehn Billionen US-Dollar in Luft auf.

Die Panik folgt den gleichen Mechanismen, die zuvor Euphorie verursacht hatten. Entscheidend ist, was die Mehrheit der Marktteilnehmer gerade glaubt. Solange sie davon überzeugt sind, dass die Kurse steigen, treiben sie diese in immer neue Höhen. Nun kann niemand sagen, wie es weitergeht. Steht der Welt eine Pandemie mit unabsehbaren Folgen bevor? Oder handelt es sich um ein vorübergehendes Phänomen, dessen Höhepunkt bald überschritten sein wird? Unklar ist, was größeren wirtschaftlichen Schaden anrichten kann – eine Pandemie oder die Angst davor. Die Börsen verhalten sich widersprüchlich: An der Wall Street folgte in der vergangenen Woche auf einen der größten Tagesverluste des Dow-Jones-Index in seiner Geschichte der größte Punktegewinn. Kurz darauf gaben die Kurse wieder deutlich nach. Am Montag setzte die New Yorker Börse sogar für 15 Minuten den Handel aus.

Diese Dynamik könnte sich vor allem für jenen Politiker als problematisch erweisen, der bislang besonders von dem Aktienboom profitierte. Die Wirtschaftspolitik von US-Präsident Donald Trump basiert darauf, den Finanzmärkten billiges Geld zu verschaffen, Steuern zu senken und staatliche Befugnisse so weit wie möglich einzuschränken. Aus Börsensicht eine durchaus effiziente Strategie: Seit Trumps Amtsantritt erleben die USA eine regelrechte Aktienrallye. Seit Monaten streitet der Präsident deshalb erbittert mit der US-Zentralbank Federal Reserve über weitere Zinssenkungen, damit der Boom mindestens bis zu den Wahlen im November anhält. »Unsere Fed sollte anfangen, eine Führungsrolle zu

übernehmen«, sagte Trump kürzlich während einer Pressekonferenz im Weißen Haus, umgeben von Gesundheitsbeamten und Vizepräsident Mike Pence. »Wir sollten die niedrigsten Zinssätze haben.«

Nun, da die Federal Reserve endlich seinem Wunsch entspricht, scheint das gar nicht viel zu nützen. Gelingt es nicht, die wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 in den Griff zu bekommen, muss Trump bei den Präsidentschaftswahlen das Virus wohl mehr fürchten als seinen demokratischen Herausforderer.

Gut möglich, dass bald ganz andere Optionen relevant werden. So erinnerte die demokratische US-Senatorin Elizabeth Warren daran, dass die US-Zentralbank während der Finanzkrise die Großbanken mit mehreren Billionen Dollar an günstigen Krediten unterstützt habe. Nun müsse sie auch den Unternehmen beistehen, »die ein bisschen Hilfe brauchen, um über die nächsten Monate zu kommen.« Warren brachte ein Investitionsprogramm in Höhe von 400 Milliarden US-Dollar ins Spiel, die in Form von staatlichen Aufträgen oder Unternehmenshilfen vergeben werden sollen. Auch die Bundesregierung will die Wirtschaft nun mit Investitionen, Kurzarbeitergeld und Krediten unterstützen.

Selbst Maßnahmen, die noch vor kurzem belächelt wurden, erscheinen plötzlich möglich. In Hongkong will die Regierung jedem Erwachsenen, der einen festen Wohnsitz in der Sonderverwaltungszone hat, einmalig 10 000 Hongkong-Dollar schenken, umgerechnet 1180 Euro, wie die South China Morning Post vergangene Woche berichtete. Hongkongs Finanzsekretär Paul Chan sagte der Zeitung, es müssten »entschiedene Maßnahmen« ergriffen werden, um die wirtschaftlichen Probleme der Stadt anzugehen. Die Unternehmen haben seit Monaten Schwierigkeiten. Erst waren es die Proteste, die ihre Geschäfte belasteten, nun sind es die Folgen des Conronavirus.

Damit würde erstmals das sogenannte Helikoptergeld als wirtschaftspolitische Maßnahme eingesetzt – Geld also, das direkt und ohne Gegenleistung an die Bürger verteilt wird, um den Konsum zu fördern. Die Idee ist umstritten, denn wird das Geld einfach zu Seite - gelegt, verpufft die Aktion wirkungslos. Für die Vertreter einer klassischen Wirtschaftspolitik ist das Helikoptergeld sogar wahres Teufelszeug, das nur einer Hyperinflation den Weg ebnen würde.

Empirisch lässt sich diese These nicht belegen, denn trotz der Politik des billigen Geldes und allen damit verbundenen Prophezeiungen ist die Inflationsrate in wichtigen Ländern in den vergangenen Jahren nicht gestiegen. Dies bestätigt die Vertreter der neokeynesianischen Modern Monetary Theory, die eine freigiebige Ausgabenpolitik propagieren. Die Theorie geht davon aus, dass Staaten mit eigener Währung immer auf die Notenpresse zurückgreifen können, um Kredite zu bedienen. Steuern sind das Mittel, die Inflation zu drosseln. Der Staat könne demnach also fast unbegrenzt Schulen, Straße oder Universitäten bauen oder in die Sozialsysteme investieren. Prominente Unterstützung erhält die Theorie in den USA unter anderem von demokratischen Kongressabgeordneten wie Alexandria Ocasio-Cortez, die im vergangenen Jahr Pläne für einen Green New Deal vorstellte, um die US-Wirtschaft auf erneuerbare Energien umzustellen und umfassende soziale Sicherungssysteme einzuführen.

Ein radikaler steuernder Eingriff des Staates in die Wirtschaft, wie es ihn vielleicht zuletzt in den dreißiger Jahren während der Großen Depression gegeben hatte, schien bislang in den USA nahezu ausgeschlossen. Sollte die Ausbreitung von Covid-19 nicht in absehbarer Zeit unter Kontrolle gebracht werden, wird die Rolle des Staates jedoch nicht nur für die Wirtschaftspolitik neu definiert werden. Undenkbar ist eine solche Entwicklung nicht mehr. Ein »Schwarzer Schwan« ändert alle Bedingungen. Auch für Donald Trump.

© Jungle World Verlags GmbH